

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Kommunalpolitische Forderungen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise

Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise oder zumindest zur Verlangsamung des Anstiegs der Neuinfektionen führen bei einer Vielzahl von Kölnerinnen und Kölnern zu wirtschaftlichen Notlagen bis hin zur existenziellen Bedrohung.

Wenn sich das Gesicht unserer Stadt durch die Krise nicht völlig verändern soll, weil erhebliche Teile der Gastronomie-, Einzelhandels-, und Kulturszene schlicht nicht mehr vorhanden sind, müssen wir als Stadt kurzfristig und unorthodox handeln und die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abfedern!

Gleichermaßen gilt es, sich für die Menschen einzusetzen, die sich nicht lautstark zu Wort melden und keine Lobby haben. Hier ist die Stadt Köln in der Pflicht, entweder aus eigenen Mitteln schnell und unbürokratisch Notlagen zu verhindern oder zu beenden oder da, wo das Land oder der Bund bereits Hilfen in Aussicht gestellt hat, die möglichen Empfänger solcher Hilfen zu informieren, bei der Beantragung zu beraten und zu unterstützen und, falls sich die Hilfe verzögert, in Vorleistung im Sinne von Überbrückungskrediten zu gehen. Für den Fall, dass Hilfen von Land und Bund nicht direkt, sondern über die Stadt Köln verteilt werden, muss die Verwaltung umgehend geeignete Strukturen schaffen, damit die Hilfen die Betroffenen rasch erreichen

Wen betrifft das?

Es geht um Kleingewerbetreibende, von der Veedelskneipe über den inhabergeführten Einzelhandel, den kleinen Handwerksbetrieb bis zum Taxifahrer, die vielen Soloselbständigen und Honorarkräfte in den offenen Ganztageeinrichtungen, in der Rheinischen Musikschule, in der VHS sowie im Sport, bei den freien Trägern im Bildungs- und Jugendbereich und bei vergleichbaren Einrichtungen.

denen durch den wirtschaftlichen Einbruch die Aufträge wegbrechen, die ihren Betrieb schließen müssen und plötzlich ohne Einnahmen dastehen, sowie um die Kulturwirtschaft mit ihren Clubs und kleinen privat geführten Theatern. Hier entscheiden die nächsten Tage rund um den Monatswechsel über die weitere Existenz. Da droht den vorgenannten Personengruppen das kurzfristige Aus, da ihre privaten und beruflichen Kosten weiterlaufen und sie als Selbstständige keinen Zugang zu Kurzarbeitergeld haben.

In Bezug auf die Kultur in Köln geht es vor allem um die Einrichtungen der freien Szene, da sie nicht – wie die öffentlichen Kultureinrichtungen – in einer Grundsicherung sind und daher existenziell bedroht. Hier geht es nicht nur um Einrichtungen selbst, sondern vor

allem um die freischaffenden Kleinkünstler/innen, Schauspieler/innen, Kabarettist/inn/en, Musiker/innen etc. Diese können ihre Verluste nicht auffangen und geraten ins Strudeln mit erheblichen individuellen und sozialen Folgen. Zahlreiche von ihnen werden die Situation nicht durchhalten. Es wird – das kann man voraussehen - Insolvenzen und Existenzzerstörungen geben.

Nicht nur die Kulturszene wird nach Corona anders aussehen, für die meisten Betroffenen geht es auf Null, ohne eine Perspektive.

Und es geht auch um Personengruppen, deren soziale Unterstützungssysteme nun wegbrechen, und die aus unserer Sicht sehr rasch finanzieller Hilfen bedürfen, beispielsweise

Eltern im Hartz-IV-Bezug,
deren Kindern durch die Schließung der KiTas und Schulen an fünf Tagen der Woche neben der Betreuung auch das Mittagessen wegfällt, ohne dass sie dafür eine finanzielle Kompensation erhalten. Durch die Schließung der Lebensmittelausgaben und Tafeln können die Eltern dort keine Lebensmittel für ihre Kinder und sich selbst erhalten, was die existenzielle Not noch verstärkt.
Hier ist dringend Hilfe notwendig, denn der Monat geht bald zu Ende, und dann werden Miete usw. fällig.

Bedarfsgemeinschaften im Hartz-IV-Bezug,
für die das Leben in Zeiten der Corona-Pandemie teurer wird: Tafeln und Mittagstische, aber auch viele andere Unterstützungs- und Beratungsangebote müssen schließen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten können Menschen in Hartz-IV-Bezug nicht kompensieren.

Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten und jetzt mit dem Kurzarbeitergeld (60 % bzw. 67 % für Menschen, die Kinder versorgen) nicht über die Runden kommen:
Miete und laufende Kosten bleiben gleich, die Lebenshaltungskosten steigen eher noch, und plötzlich fehlt ein großes Stück vom Lohn

Es geht um Obdachlose und Wohnungslose, die besonders betroffen und durch die Infektion bedroht sind.

Es geht um die Menschen in der Prostitution, die aufgrund der Schließung von Prostitutionsbetrieben und Straßenstrich ohne Einkommen und ohne Schlafplatz sind. Die meisten haben keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld und stehen ohne Einkünfte auf der Straße. Hinzu kommt, dass viele Menschen in der Prostitution einen Migrationshintergrund haben, sich in den deutschen Hilfssystemen nicht auskennen und sich auch nur schwer verständlich machen können. Darüber hinaus musste auch die aufsuchende Sozialarbeit eingestellt werden, dadurch sind diese Menschen vom Hilfenetzwerk abgeschnitten. Es sind gerade im Bereich der Prostitution besonders Frauen die von der Situation betroffen.

Diese Auflistung ist exemplarisch zu verstehen und nicht abschließend.

Unsere Forderungen:

Wir sind der Meinung: Wem aus Gründen der allgemeinen Gesundheitsfürsorge die Ausübung seines Berufs oder Gewerbes untersagt wird, der muss von der öffentlichen Hand für seinen Verlust entschädigt werden.

1. Wir fordern deshalb die Auszahlung von nicht rückzahlbaren Beihilfen an Kleinunternehmer*innen.
Dies müssen Bund und Land leisten, und zwar kurzfristig. Sollte die Stadt die Verteilung der Gelder übernehmen, ist die Stadt in der Pflicht, zu informieren, zu beraten und notfalls auch in finanzielle Vorleistung zu gehen.
2. Wir fordern einen Rettungsschirm für die zahllosen Betroffenen, die beispielhaft in der vorangegangenen Auflistung aufgeführt sind – einen Soforthilfefonds, um den unmittelbar existenzbedrohenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise zu begegnen.

Der Soforthilfefonds mit einem Volumen von zunächst 50 Mio. EUR soll die Zeit überbrücken helfen, bis die zugesagten Hilfen von Bund und Land auch tatsächlich bei den Betroffenen ankommen. Er soll den Betroffenen nach sehr einfachen Kriterien unmittelbare Direkthilfen gewähren. Ein Kriterium könnte z.B. der Nachweis des geforderten Mietzinses sein, da die Miet- und Pachtbelastungen derzeit zu den größten Kostenblöcken bei nicht mehr vorhandenen Einnahmen gehören. Auch sollten die nachgewiesenen Kosten für die geringfügig Beschäftigten („450-Euro-Jobber“) mitabgedeckt werden, um die ansonsten alternativlose Beendigung des Arbeitsverhältnisses und dem dann häufig folgenden Gang zum Sozialamt zu verhindern.

Für die Operationalisierung der Auszahlungen soll nach Partnern im Bereich der Verbände und Organisationen, wie z.B. der IHK, der DEHOGA oder der KlubKomm, gesucht werden um die Stadtverwaltung zu entlasten.

3. Wir fordern großzügige Stundungsregelungen bei der Gewerbesteuer
Die bisherigen Ankündigungen der Kämmerin, bei den anstehenden Gewerbesteuerforderungen bzw. – vorauszahlungen zu einfachen und schnell entlastenden Lösungen zu kommen, begrüßen wir ausdrücklich. Aufgrund der unklaren zeitlichen Dimension der aktuellen Krise und den nicht absehbaren wirtschaftlichen Entwicklungen nach der Krise, sollten entsprechende Stundungsvereinbarungen über einen deutlich längeren Zeitraum als bis Jahresende getroffen werden. Auch sollten jegliche Vorauszahlungsbescheide bis auf weiteres ausgesetzt werden.
4. Wir appellieren an die städtischen Unternehmen, die Versorgungssicherheit durch individuelle Kostenentlastungen zu gewährleisten.
Auch wenn in geschlossenen Gewerbeeinheiten weniger Energie und Wasser

verbraucht werden, gehören die damit einhergehenden Versorgungskosten zu den festen Kostenblöcken eines jeden Unternehmens und Haushaltes. Für einige Unternehmen und Branchen ändert sich am Energieaufwand sogar relativ wenig, wenn z.B. Kühlungen oder Serverlandschaften weiter betrieben werden müssen.

Daher appellieren wir an die städtischen Unternehmen, insbesondere bei der Versorgung von Energie, Wasser und Telekommunikationsdienstleitungen weiterhin an individuellen Lösungen zu arbeiten, die eine Unterbrechung oder Reduzierung der Leistungen verhindern und gleichzeitig ein wirtschaftliches Überleben der Haushalte und Gewerbetreibenden ermöglicht. Denn sowohl Gewerbetreibende als auch Wohnungsmieterinnen und –mieter benötigen jetzt schnelle, unbürokratische und einzelfallbezogene Hilfen, die über eine Stundung von Mietzahlungen deutlich hinausgehen.

Geplante Mieterhöhungen müssen bis auf weiteres ausgesetzt, Räumungen dürfen bis auf weiteres nicht durchgeführt werden. Auf Mahnungen mit Kündigungsandrohung muss im Falle von Mietrückständen aufgrund der Corona-Krise derzeit verzichtet werden.

5. Wir fordern für die Menschen, die auf soziale Unterstützungssysteme angewiesen sind, besondere und pragmatische Hilfeleistungen, wie

- Die Auszahlung eines Betrages, der äquivalent zur Erstattung von Beiträgen und Essensgeld für Selbstzahler ist, an Eltern im Hartz-IV-Bezug, zur Versorgung ihrer Kinder mit regelmäßigen und anständigen Mahlzeiten. Dies muss Bestandteil des Soforthilfefonds sein.
- Die zeitlich befristete Anhebung des Regelsatzes um 20 %, damit die Menschen im Hartz-IV-Bezug auch während der Corona Krise menschenwürdig leben können.
- Die kurzfristige, schnelle Prüfung von Wohngeldansprüchen bei Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten.
- Die Prüfung von Ansprüchen auf aufstockende Leistungen bei Menschen in der Kurzarbeit. Es muss auf jeden Fall vermieden werden, dass Menschen durch die Corona-Pandemie und die dadurch ausgelöste Kurzarbeit mit der Miete in Verzug geraten.
- Die Betreuung und Versorgung von Wohnungslosen und Obdachlosen, und - soweit gewünscht - auch deren Unterbringung.
- Hilfsangebote zur Betreuung und Versorgung von Menschen in der Prostitution
- Zugang für Menschen ohne Papiere und geduldete Geflüchtete zu den Überlebensstationen und zu den Notversorgungen mit Lebensmitteln. Sie müssen sofort einen freien und anonymen Zugang zu unserem Gesundheitssystem bekommen und die Gewissheit, dass die Inanspruchnahme

dieser Einrichtungen keine Abschiebungen oder behördlichen Maßnahmen nach sich zieht.

- Die Reduzierung der Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner in Gemeinschafts-unterkünften und deren dezentrale Verteilung. Besonders schutzbedürftige und gefährdete Geflüchtete müssen vorrangig in Wohnungen oder abgeschlossenen Wohneinheiten untergebracht werden, damit der gesundheitliche Sicherheitsabstand eingehalten werden kann.
 - Abschiebungen aus Köln sind zurzeit aufgrund des inakzeptabel hohen Infektionsrisikos für Betroffene und Beamtinnen auszusetzen. Online-Verfahren, z. B. zur Beantragung einer Arbeitserlaubnis, sollten verstärkt genutzt werden. Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit im Zuge der Corona-Pandemie dürfen keine negativen aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen haben.
 - Aussetzung von repressiven Maßnahmen wie Stromabschaltungen wegen Zahlungsverzug, Zwangsräumungen, wie auch schon unter 4.) gefordert.
 - Verbesserung der mehrsprachigen Information der Stadt Köln über die eigenen Internetseiten hinaus unter Einbeziehung von fremdsprachigen Presseorganen, die um Berichterstattung und Information gebeten werden sollen
6. Wir fordern Unterstützung für die Kultur in Köln, die wie andere Regionen und Städte in existenzieller Weise betroffen ist. Wir fordern wie auch der Deutsche Kulturrat, der Landeskulturrat und auch der Kulturrat der Stadt Köln einen Notfonds für die Künstlerinnen und Künstler

Hilfe darf es nicht nur für die Theater geben, die eine städtische Förderung erhalten, also in der Konzeptionsförderung sind. Die Absicht, die nächsten Raten der Fördersumme bereits jetzt auszuzahlen, vernachlässigt die wegbrechenden Einnahmen in der zweiten Jahreshälfte. Hierfür gilt es, konkrete und nachhaltige Liquiditätshilfen zu benennen.

Hilfen benötigen vor allem die freie Szene und die zahlreichen Solokünstlerinnen und Künstler, die jetzt keine Auftrittsmöglichkeiten mehr haben und in der Regel als Einzelpersonen und kleinste Einrichtungen ohne jegliches finanzielles Polster leben. Diese Menschen müssen durch unbürokratische Einmalzahlungen und Liquiditätshilfen in die Lage versetzt werden, ihre laufenden Zahlungen wie Miete, Versorgung, Krankenversicherung etc. leisten zu können. Die Hinweise der KLUBKOMM sind analog auf diese zu übertragen.

7. Wir fordern die Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren

Um allen von der Krise betroffenen Unternehmen, Gewerbetreibenden und Kultureinrichtungen die Fortsetzung ihrer Tätigkeit bzw. einen problemlosen und schnellen Neustart nach Beendigung des Shutdowns zu ermöglichen, bitten wir die Verwaltung alle dafür erforderlichen Aufgaben zu beschleunigen bzw. nach unkonventionellen Lösungen zu suchen. Hierzu zählen alle gewerberechtlichen und sonstigen Verfahren, von denen der ordnungsgemäße Betrieb eines Unternehmens abhängt. Genehmigungen sollten beschleunigt erteilt und Verlängerungsanträge automatisch verlängert werden, damit die Unternehmen ihren Betrieb ungehindert durch verwaltungsrechtliche Anforderungen fortsetzen können.

8. Wir fordern unbürokratische finanzielle Hilfen für bereits getätigte Ausgaben bei Veedelsfesten und Veranstaltungen kleinerer Vereine

In der nun vom „Shutdown“ geprägten Zeit wurden unzählige Veedelsfeste und Veranstaltungen geplant und bereits beworben. Dabei sind die jeweiligen Veranstalter bereits Kostenverpflichtungen, z.B. für Werbung, Infrastruktur oder Personaleinsatz, eingegangen, die teilweise nicht mehr zurückgeholt werden können.

Da viele Feste und Veranstaltung von relativ kleinen und wenig finanzstarken Vereinen getragen werden, könnten weitere Veranstaltungen aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden. Um aber das Veedelsleben nach dieser Krise wieder zu alter Blüte zu verhelfen und damit die lokalen Wirtschaftsstrukturen gerade in dieser Situation ganz unmittelbar zu stärken, sollten die bereits getätigten Ausgaben gegen Nachweis durch den bereits erwähnten Soforthilfefonds übernommen werden.

Wir alle wissen: die Pandemie stellt für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unser Zusammenleben die größte Herausforderung dar, der wir seit dem Ende des zweiten Weltkriegs gegenüberstehen. Sie wird uns und das Gesicht der Stadt nachhaltig verändern. Wir haben es aber in der Hand, dass sich aus der Krise ein Neuanfang, eine wirkliche Renaissance entwickelt, wenn wir uns jetzt solidarisch und konstruktiv erweisen. Die von Bund und Land jetzt angekündigten Unterstützungsfonds müssen schnell die Kommunen erreichen – aber bis es soweit ist, muss die Stadt in Vorleistung gehen.